

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses

Personalgewinnung der Freien Hansestadt Bremen zielgerichteter und zukunftsfester gestalten!

I. Bericht

Die Bürgerschaft (Landtag) hat den Antrag der Fraktion der FDP „Personalgewinnung der Freien Hansestadt Bremen zielgerichteter und zukunftsfester gestalten!“ (Drucksache 19/1828) in ihrer 71. Sitzung am 7. November 2018 zur weiteren Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.

Auf der Grundlage des Antrages soll eine Evaluation sowie darauf aufbauend eine Neukonzeption des von der Freien Hansestadt Bremen zur Personalgewinnung eingesetzten Instruments der Stellenanzeige erfolgen. Neben einer zielgerichteten Ausgestaltung von Personalgewinnungsverfahren soll dabei auch ein Gleichgewicht zwischen der Freien Hansestadt Bremen und der Privatwirtschaft bezüglich Anzahl und Größe von Stellenausschreibungen in Printmedien erreicht werden. Nach Auffassung der Fraktion der FDP schalten die Ressorts der Freien Hansestadt Bremen und die mit ihr verbundenen Unternehmen regelmäßig sehr große sowie kostenintensive Stellenanzeigen in Printmedien, ohne dabei bestimmten Kostengrenzen zu unterliegen. Hierdurch werde nicht nur ein Druck auf die Privatwirtschaft ausgeübt sich vergleichbar zu verhalten, sondern auch die Preisentwicklung für Stellenanzeigen negativ beeinflusst. Auch dürfe nicht zugelassen werden, dass sich öffentliche Auftraggeber durch eine überdurchschnittlich große und kostenintensive Präsenz in den Printmedien einen Wettbewerbsvorteil bei der Fachkräftegewinnung gegenüber den aus Kostengründen nur mit kleineren Stellenanzeigen werbenden privaten Arbeitgebern verschaffen. Nach Ansicht der Fraktion der FDP sollte deshalb mittelfristig die Abwicklung der Stellenausschreibungen der Freien Hansestadt Bremen in den Printmedien reduziert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, beantragt die Fraktion der FDP den Senat aufzufordern, dass Verfahren der Stellenanzeige unter Beantwortung konkreter Fragestellungen zu evaluieren und darauf aufbauend ein ganzheitliches Konzept zur Umsetzung eines zukunftsfesten und zielgerichteten Verfahrens zu Stellenausschreibungen zu unterbreiten, welches auch die Telemedien berücksichtigt.

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss hat den Antrag in seinen Sitzungen am 14. Dezember 2018 und 22. Februar 2019 unter Berücksichtigung einer Stellungnahme der Senatorin für Finanzen vom 13. Februar 2019 (Vorlage 121/2019) abschließend beraten. Die Fraktion der FDP hat im Rahmen der Ausschussberatungen positiv zur Kenntnis genommen, dass die Senatorin für Finanzen das Stellenausschreibungsverfahren derzeit inhaltlich überarbeite, um auch weiterhin eine zukunftsfeste und zielgerichtete Personalgewinnung sicherzustellen. Gleichwohl habe sich nach Auffassung der FDP der Antrag dadurch nicht erledigt, da die Überarbei-

tung noch nicht abgeschlossen sei und noch kein ganzheitliches Umsetzungskonzept vorliege. Aus Sicht der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE befinden sich die wesentlichen, von der Fraktion der FDP geforderten Maßnahmen bereits in der Umsetzung, sodass diesbezüglich von einer Erledigung des Antrages auszugehen sei. Darüber hinaus vertreten sie zum Antragsinhalt die Auffassung, dass durch eine Reduzierung der Ausschreibung offener Stellen in Printmedien eine effizientere und zukunftssichere Ausgestaltung von Stellenbesetzungsverfahren der öffentlichen Hand nicht erreicht werden könne. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels müsse die Freie Hansestadt Bremen zur Sicherstellung ihrer Aufgabenerfüllung auch in Printmedien offensiv um geeignetes Personal werben, um offene Stellen schnellstmöglich besetzen zu können. Diese Art der Personalgewinnung erfolge in einem fairen Wettbewerb mit den privaten Arbeitgebern, die selbstverständlich auch die Möglichkeit haben entsprechende Stellenausschreibungen in den Printmedien zu schalten. Für eine Reduzierung oder gar einen Verzicht der Freien Hansestadt Bremen auf das für die Personalgewinnung wichtige Instrumentarium der Stellenanzeige in Printmedien bestehe deshalb kein sachlicher Grund.

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimme des Ausschussmitgliedes der Fraktion der FDP und bei Einhaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU und der Gruppe BIW den Antrag abzulehnen.

II. Antrag und Beschlussempfehlung

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mehrheitlich, den Antrag der Fraktion der FDP „Personalgewinnung der Freien Hansestadt Bremen zielgerichteter und zukunftsfester gestalten!“ (Drucksache 19/1828) abzulehnen.

Jens Eckhoff
(Vorsitzender)